

ARBEITERMACHT

ORGAN des KAMPFBUNDES zur Befreiung der Arbeiterklasse

Juni 1937

15 + 10 Groschen

I N H A L T : Schluss mit dem Lohnraub! Vorwärts zu höheren Löhnen! (1)
Hat die Arbeiterklasse gemeinsame Interessen mit der Linksbourgeoisie?(2)
Neuerlicher Rechtsruck in Spanien.(15) Die neue Opposition in der Stalinpartei (16). Die grund legende proletarische Hauptaufgabe (Seite 21).

SCHLUSS MIT DEM LOHNRAUB ! VORWÄRTS ZU HÖHEREN LÖHNEN!

Die Profite wachsen. Das kapitalistische Raubgesindel trieft von Phrasen über Menschlichkeit, Christentum, Deutschtum und dergleichen, aber trotz ihrer schwellenden Riesengewinne: ununterbrochen nagen die Kapitalisten bald da, bald dort am Lohn; ununterbrochen bröckeln sie am Realgehalt des Lohnes, reissen hier ein kleines, dort ein grösseres Stück von den Hungerlöhnen ab: Einmal senken sie die Geldlöhne, dann steigern sie wieder die Preise lebenswichtiger Artikel, dann wieder schrauben sie die Arbeitsintensität in die Höhe, dann wieder kommen sie mit höheren oder gar mit neuen Steuern (S 6.-- Fahrradabgabe für die Massen, während sie den Auto - besitzern die Benzinsteuern ermässigen), dann wieder zwacken sie Stücke vom Lohn ab durch erpresste Spenden, Beiträge usw. So geht es seit Jahren, wie eine Schraube ohne Ende. Die Löhne sind so tief, die Arbeitsleistung so hoch, dass die Arbeiter glauben, es kann nicht mehr tiefer gehen. Welch ein Irrtum! Die profitgierigen kapitalistischen Räuber haben nie genug. Es gibt keine Grenze für die kapitalistische Profitwut als - den Widerstand, den Kampf der Arbeiter. Die kapitalistischen Nimmersatte werden Hunger und Reallohn noch viel, viel tiefer drücken und immer wieder noch tiefer drücken, so lange bis sie auf den entschlossenen Kampf der Arbeiter stossen, die ein weiteres Lohnsenken nicht zulassen, ja zur Offensive um höheren Lohn übergeht.

Die illegalen Freien Gewerkschaften rufen zum Kampf um höhere Löhne. Die proletarischen Revolutionäre unterstützen mit aller Kraft diesen Ruf und Kampf der Freien Gewerkschaften. Arbeiter, folgt der Losung der Freien Gewerkschaften: Schluss mit dem Lohnraub! Vorwärts zum Kampf um höhere Löhne!

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

HAT DIE ARBEITERKLASSE GEMEINSAME INTERESSEN MIT DER LINKS-

BOURGEOISIE.

Das Proletariat kann, soll, muss die kapitalistischen Differenzen ausnützen, also insbesondere die Differenzen zwischen Links- und Rechtsbourgeoisie. Wir haben in der vorletzten "Arbeitermacht" (Aprilnummer) be -

wiesen, dass die proletarische Partei dieses Ausnützen zugunsten der Arbeiterklasse unter entwickelten kapitalistischen Verhältnissen nur ver- wirklichen kann, indem sie den proletarischen Kampf stets ausrichtet ge- gen die gesamte Bourgeoisie. (Anders der proletarische Staat; im Besitze seines proletarisch klassenmässig zusammengesetzten Staatsapparates kann dieser bei richtiger, proletarischrevolutionärer Politik die imperialistischen Differenzen der Weltbourgeoisie ausnützen durch Bündnisse mit einem Teil der kapitalistischen Staaten). Wir haben bewiesen, dass dagegen die Koalitionspolitik, die Politik des Bündnisses der proletarischen Partei mit der Linksbourgeoisie, mit linkskapitalistischen Schichten, die auf ein solches Bündnis ausgehende Politik das gerade Gegenteil herbeiführt: dass sie die kapitalistischen Differenzen nicht zugunsten der Arbeiterklasse ausnützt, nicht ausnützen kann, sondern zwangsläufig die Position der Ge- samtbourgeoisie festigt, stärkt, die Position des Proletariats untergräbt, schwächt.

Wir sind g r u n d s ä t z l i c h gegen jede Koalitionspolitik der proletarischen Partei. Warum? Weil die Grundvoraussetzung zu dieser Bündnispolitik fehlt: weil zwischen der Arbeiterklasse und einer beliebigen kapitalistischen Schichte unter entwickelten kapitalistischen Verhältnissen keine wie immer gearteten Interessen bestehen! Darauf haben wir immer wieder hingewiesen. Heute nun wollen wir diese Frage mit besonderer Gründlichkeit prüfen.

I. Verschiedene Ausflüchte.

1. Koalition vorgespiegelt als - "Kompromis".

Ein Kompromis darf die proletarische Partei schliessen mit wem immer. Sie kann selbst mit dem schärfsten Klassenfeind die Vereinbarung treffen einer zeitweiligen vorübergehenden Waffenruhe auf dem Boden des im ganzen weitergehenden Kampfes gegeneinander; sie kann zum Beispiel im Bürgerkrieg einen 24 stündigen Waffenstillstand vereinbaren zwecks Bestattung der beiderseitigen Toten; sie kann z.B. (durch die Gewerkschaft) einen Kollektivvertrag für die Metallindustrie vereinbaren, der den Metallarbeitern eine 10%ige Lohnerhöhung bringt und zugleich die Verpflichtung auferlegt, z.B. durch sechs Monate keine neuen Lohnforderungen zu stellen; all das ist grundsätzlich zulässig (Ob und inwieweit und wie lange das taktisch richtig ist, muss nach der wirklichen Lage, nach den tatsächlichen Kräfteverhältnissen, kurz nach Zweckmässigkeitserwägungen beurteilt, entschieden werden).

Ein Bündnis jedoch darf die proletarische Partei nur schliessen, wenn sie mit dem ausersehenen Partner, wenn auch nur augenblickliche, zeitweilige, vorübergehende, so doch gemeinsame Interessen hat. Kompromis und Bündnis, beides sind Verträge, aber grundverschiedene Verträge. Das Bündnis ist ein Vertrag (Pakt, Abkommen, Vereinbarung, Übereinkommen, Kontrakt usw) zweier Kräfte zum Kampf gegen eine dritte -- das Kompromis aber ist ein Vertrag zwischen zwei Kräften zum Zwecke einer vorübergehenden, teilweisen (politischen, militärischen) Waffenruhe. Beim Bündnis verbünden sich zwei Kräfte zum gemeinsamen Kampf gegen eine dritte Kraft, das Kompromis dagegen spielt nur zwischen zwei Kräften. Gerade weil das Kompromis mit wem immer zulässig ist, suchen diejenigen, die das Proletariat zu einer ver- räterischen Bündnispolitik verführen, das Verratsbündnis der Arbeiterschaft als Kompromis einzureden.

2. Linkskapitalistische Schichten werden als "Mittelschichten" vorgeschwindelt.

Dies geschieht manchmal ganz offen: das Bündnis mit der französischen, spanischen Linksbourgeoisie wird von der RS(SP)/KP als Bündnis mit den "Mittelschichten" vorgelegen. Die österreichische RS(SP), die bewusst auf das Bündnis mit linkskapitalistischen Schichten steuert, gaukelt diese den Arbeitern vor als "Mittelschichten" und dasselbe tut auch die Stalinpartei.

In der Regel jedoch wird dieser Betrug mit feineren Mitteln durchgeführt. So sprechen heute alle Opportunisten am liebsten vom Bündnis mit den "Werkstätigen", worunter sie auch die im eigenen Betrieb werktätig mitarbeitenden kleinen und mittleren kapitalistischen Ausbeuter, die Grossbauern

inbegriffen, verstehen. Noch lieber aber sprächen heute die Opportunisten vom Bündnis mit den "Bauern".

Wenn jemand mit der Losung käme: Bündnis mit den Städtern! - so würde selbst der einfachste Arbeiter sagen: die "Städter", das umfasst ja alle möglichen, auch kapitalistischen Schichten; wir Arbeiter können doch nicht Bündnisse schliessen mit dem Klassenfeind. Nun, die Bauern, das sind die Dörfler, das ist ein Sammelname für die Dorfbevölkerung mit Ausnahme der Land- und Forstarbeiter, Knechte und Mägde. Früher einmal war ein Bauer dem andern gleich, die bäuerliche Bevölkerung war gar nicht oder nur sehr wenig differenziert. So war der Grossbauer bis zur Revolution von 1905 in Russland eine seltene Erscheinung. Erst 1907 begann die zaristische Gegenrevolution mittels der stolypinschen Agrarreform künstlich Grossbauern zu schaffen, um die Millionenmassen der unzufriedenen russischen Bauern zu zerteilen, zu schwächen. Obwohl Stolypin gewisse Erfolge erzielte, war die russische Bauernschaft bis zur Februarrevolution 1917 im grossen ganzen noch immer sehr wenig differenziert, so dass die Losung, die Lenin bis zum Februar 1917 immer wieder gegeben hat: Revolutionäres Bündnis der Arbeiterklasse mit den Bauern! - durchaus richtig war.

In den entwickelten kapitalistischen Ländern sind die "Bauern" bereits differenziert und werden durch den kapitalistischen Wirtschaftsprozess je weiter desto mehr differenziert. Da sind die armen Bauern (die Häusler, Keuschler, die Zwerg- und Kleinpächter, die Zwerg- und Kleinbauern), denen gemeinsam ist, dass nur sie selbst und ihre Familienglieder arbeiten, dass sie fremde Arbeitskräfte nicht ausbeuten; da sind die Mittelbauern, die vorwiegend selbst arbeiten, aber auch schon, wenn auch in sehr geringer Zahl fremde Arbeitskräfte (Knechte, Mägde) ausbeuten; da sind die Grossbauern, diese Dorfbourgeois, die in der Regel zwar auch selbst noch zugreifen, in der Hauptsache aber Knechte, Mägde ausbeuten und zwar schon in grösserer Zahl. Die Grossbauern sind ausgesprochen kapitalistische Ausbeuter, ja Ausbeuter der verbissensten Art. Alle Opportunisten sprechen heute vom Bündnis mit den "Bauern", in Wirklichkeit steuern sie auf das Bündnis mit den - Grossbauern.

3. Faschismus und Feudalismus werden "gleichgesetzt".

So schreibt Otto Bauer: "In der Zeit der bürgerlichen Revolution mussten Proletariat und Bourgeoisie zusammen den Absolutismus und Feudalismus schlagen, ehe sie auf dem durch den gemeinsamen Sieg eroberten Kampfboden einander entgegentreten konnten. Ebenso müssen heute alle antifaschistischen Kräfte gemeinsam zunächst den Faschismus schlagen, ehe im Kampf zwischen ihnen die Entscheidung über die Gesellschaftsordnung der Zukunft fallen kann" ("Kampf" Nr 3, Seite 190).

Feudalismus, das war eine Wirtschafts-, Staats-, Gesellschaftsordnung unter vorkapitalistischen Verhältnissen: der gesamte Boden gehörte den grossen Fronherren (der Kirche inbegriffen); die Bauern waren leibeigen, hörig, sie mussten fronen, roboten, Hand- und Spanndienste, sowie Giebigkeiten aller Art leisten; kapitalistische Fabriken gab es da noch überhaupt nicht oder nur ganz vereinzelt; das Handwerk beherrschte die gewerbliche Produktion -- Der Faschismus dagegen ist die Form der kapitalistischen Wirtschafts-, Staats-, Gesellschaftsordnung unter hochkapitalistischen Verhältnissen.

In der bürgerlichen Revolution, das ist zum Sturz der feudalen Herrschaft, konnte, musste sich das Proletariat mit der Bourgeoisie verbünden, weil nur so der Boden geschaffen werden konnte zum Aufrollen der proletarischen Revolution. Die Feudalherrschaft gestürzt, stand und steht vor der Arbeiterklasse als Grundaufgabe die proletarische Revolution.

In der bürgerlichen Revolution das geht es nur um die Ablösung einer Form der Ausbeuterherrschaft (der feudalen) durch eine andere Form (durch die kapitalistische Form) der Ausbeuterherrschaft; da konnte, durfte, musste sich das Proletariat mit der Bourgeoisie verbünden - dagegen in der Epoche der proletarischen Revolution, da geht es um den Sturz der gesamten Ausbeuterherrschaft überhaupt, in jeder Form, jedes Bündnis mit einer beliebigen Ausbeuterschicht steht da im grundsätzlichen Widerspruch zum Ziel Zweck der proletarischen Revolution, zur proletarischrevolutionären Grundaufgabe, jedes Bündnis mit einer beliebigen kapitalistischen Schicht ist da grundsätzlich unzulässig, ist schwerste Gefährdung, schwerste Schädigung,

ja Verrat an der proletarischen Revolution. Die konsequente Zuendeführung (Verteidigung, Wiederherstellung) der bürgerlichen Demokratie ist da unmöglich im Bündnis mit einer kapitalistischen Schichte, sie kann nur verwirklicht werden im Kampf gegen die gesamte Bourgeoisie, im Bündnis mit den armen Kleinbäuerlichen, armen Kleinbürgerlichen Millionenmassen.

Das gilt auch für Spanien. Wohl hat dieses Land verhältnismässig bedeutende feudale Überreste, aber es ist ein kapitalistisches Land. Besonders während des Weltkrieges, wo das neutrale Spanien die Entente mit allen Möglichen belieferte, haben sich dort kapitalistische Industrie, kapitalistischer Handel, kapitalistisches Bankwesen zu beträchtlichem Umfang entfaltet. Der spanische Staat unter Alfons, Primo de Rivera war kapitalistischer Staat. Die Behauptung des "Kampf" (Nr 3), in Spanien gehe es um die Verhinderung der alten parasitären Feudaldiktatur, ist Lüge, die aufgetischt wird, um die spanischen Arbeiter zu dem verräterischen Bündnis mit der Linksbourgeoisie zu verführen, ist Lüge, um die Arbeiter ausserhalb Spaniens über den Verratscharakter der spanischen "Volks"front zu täuschen.

Die bürgerliche Demokratie konsequent zuendeführen, das heisst unter anderem die materiellen Wurzeln der feudalen Herrschaft herausreissen. Dazu ist zum Beispiel die entschädigungslose Aufteilung des Bodens der grossen Grundbesitzer (der Kirche inbegriffen) auf die armen Bauern unumgänglich notwendig. Nicht einmal diese Aufgabe kann heute im Bündnis mit der Linksbourgeoisie gelöst werden, weil diese vor den proletarischrevolutionären Konsequenzen dieser bürgerlichrevolutionären Lösung der Agrarfrage unter den heutigen Verhältnissen zurückschreckt. Nicht einmal die feudalen Überreste können heute im Bündnis mit der Linksbourgeoisie restlos liquidiert werden.

4. Die "Volks"front kein Bündnis, sondern eine "Volks"bewegung.

Die "Volks"front sei kein Bündnis, sondern eine "Volks"bewegung, eine "Massenbewegung" schwindeln SP(RS)/KP. Auch die spanischen Anarchisten helfen da mit. Nach den Erfahrungen von Barcelona werden ihnen hoffentliche die Augen aufgehen. Das verräterische Bündnis mit der Linksbourgeoisie, die darauf ausgerichtete Politik wird da, die Arbeiterschaft betrübend, als eine Politik des Bündnisses mit den Mittelschichten ausgegeben oder als Politik, die das Bündnis mit den Mittelschichten herstellen will.

5. "Volks"front - "nicht aktuell".

Die Habsburgerfrage ist gegenwärtig "nicht aktuell", erklärt immer wieder Schuschnigg. Das heisst: seiner Grundlinie nach steuert das Regime auf die Restauration der Habsburger, aber gegenwärtig ist noch nicht der Zeitpunkt gekommen, dieses Ziel unmittelbar zu verwirklichen, das allein bedeutet Schuschniggs "nicht aktuell".

Die RS(SP)/, deren Gesamtpolitik sich auf der Grundlinie der Koalitionspolitik bewegt, sucht diese ihre verräterische Grundeinstellung nach dem schuschniggischen Muster zu maskieren, indem sie erklärt: Für Österreich kommt die "Volks"front gegenwärtig nicht in Betracht. So schreibt der "Kampf" Nr 3, Seite 102/103: "Es gibt in Österreich keine entschlossene Gruppe freiheitlicher Bürger und Intellektueller..... Die entscheidenden Voraussetzungen für eine Volksfront nach französischem Beispiel sind also nicht vorhanden, weil es an bündnisfähigen und bündnisbereiten Organisationen der Mittelschichten ("Mittelschichten"!) mangelt..... Wir sind in Österreich nicht in der bequemen Lage, durch einen Vertrag von Organisation zu Organisation die notwendigen Hilfstruppen uns zu sichern".

Was heute nicht da ist, kann und wird morgen da sein. Dieses Morgen herbeizuführen, darauf arbeitet die ganze Politik der RS(SP) hin. Ihre gesamte Politik geht darauf aus, die kleinen und mittleren Kapitalisten, die Grossbauern, nach Umständen auch die von der Schwerindustrie gedrückten Fertigwarenfabrikanten, Handelskapitalisten, die kapitalistischen Rentner usw als Bundesgenossen zu gewinnen. Das ist Koalitionspolitik; "Volks"frontpolitik ist dafür nur einer der ungezählten Namen. Dass geschlossene Gruppen, Organisationen freiheitlicher Bürger, kleinen und mittleren Kapitalisten, Grossbauern in Österreich gegenwärtig nicht vorhanden sind, ändert nicht das geringste daran, dass die gesamte Politik der RS(SP) auf

das Bündnis mit diesen kapitalistischen Schichten ausgeht, also tatsächlich "Volks"frontpolitik, Koalitionspolitik ist. So sorgsam die RS(SP) diese ihre verräterische Grundeinstellung hinter immer schlauerem Forderungen zu verbergen sucht, so lässt sich bei genügender Aufmerksamkeit immer wieder dafür sogar der dokumentarische Beweis bringen. Einige Beispiel aus der letzten Zeit:

"Österreich und Österreichs Unabhängigkeit kann nur durch eine innere Umbildung erreicht werden, kann nur erreicht werden durch Einliederung der Arbeiter in den (kapitalistischen) Kräfteverhältnis" (Arbeiter Zeitung Nr 6 vom 17.III.).... "Wer die Kräfte der Arbeiter gewinnen will für die Verteidigung des (kapitalistischen) Landes, der muss die Arbeiter zuerst von den Fesseln befreien, in die sie der Faschismus geschlagen hat" (AZ Nr7 vom 31.III.)..... "Die Arbeiterschaft ist die entscheidendste und verlässlichste Gegenkraft gegen den Nationalsozialismus, die hat sich am stärksten immum gegen die braunen Bestien erwiesen, der ein grosser Teil der Bürger und Bauern erlegen ist, um diese Gegenkraft zu erhalten, die der solideste Garant ist der Unabhängigkeit des (kapitalistischen) Landes, müssen ihr zumindest dieselben organisatorischen Entwicklungsmöglichkeiten gewährleistet werden, wie sie haben, die die Unabhängigkeit aufgeben wollen.... Loslösung von der faschistischen Ideologie und gefährlichen Kriegsmoralität, die nur den Nazis zugute kommt, politische Freiheit, um die gegen die Nazis wirkende ideologischen Gegenkräfte wieder lebendig zu machen, Loslösung aus dem Block der faschistischen Kriegsmächte (das heisst positiv: Anschluss an den französisch-schweizerischen Imperialismus!....).... das ist der einzige Weg, um (das kapitalistische) Österreich vor dem namenlosen Unheil zu bewahren, das sowohl Hitler wie auch Habsburg bedeutet" ("Kampf" Aprilheft).

An wen sind alle diese orte gerichtet? Es sind Bündnisangebote der RS(SP) an verschieden kapitalistische Schichten, derselben RS(SP), die mit heuchlerischem Augenaufschlag den "Volks"frontbestrebungen der Stalinpartei in Österreich "entgegentritt".

"Dazu müsste kommen", ruft der "Kampf" Nr 3, Seite 108, "dass die Massen in ihrer Ablehnung des faschistischen Heute nach dem Gestrigen sich zurücksehnen begähnen, wenn es nicht gelingt, ihnen ein Bild des Morgen zu geben, das ihrer grossen Sehnsucht nach Freiheit erfüllt". Welch ausnahmsweise Naturechter Laut einer koalitionslüsternen Seele! Denn das "Bild" von Morgen, das ist eine Alibiphrase, das Gestrige, danach geht die ganze "revolutionäre" Sehnsucht der RS(SP), auch der Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie wie 1920-1924 und womöglich nach der Zusammenarbeit in der Regierung mit der Bourgeoisie wie 1918-1920. Das "Gestrige" hat die Arbeiterschaft in die Katastrophe geführt; das "Gestrige" hat den Kapitalismus gefestigt, das muss jetzt selbst Otto Bauer in seinem "Integralen" Scheingeständnissen (Zwischen Zwei Weltkriegen? 1936) zugeben - Aber das Gestrige gab der verkleinbürgerlichten Arbeiterbürokratie un Arbeiteraristokratie Anteil an der kapitalistischen Macht und kleinbürgerlichen resp. spektakulären Anteil an dem Ertrag der kapitalistischen Ausbeutung, das entscheidet für diese parasitäre Schichte, die ihren Vorteil auf Kosten der Arbeiterklasse gesucht hat und auch heute sucht. Ihr politisches Instrument dazu sind die RS(SP)/KP, diese kleinbürgerlichen Parteien.-

Man muss wohl unterscheiden das Bündnis von seiner Form. Gewöhnlich wird das Bündnis vollkommen bewusst, in aller Formalität geschlossen (sei es offen, sei es geheim). Es gibt aber auch rein tatsächliche Bündnisse. Eine Klasse, die eine andere Klasse, Schichte im Kampf gegen eine andere Klasse, Schichte rein tatsächlich unterstützt, ist mit jener tatsächlich im Bündnis. Wobei diese Unterstützung auch in passivem Verhalten bestehen kann (Tolerierungspolitik wie die SP vor der Februarkatastrophe und wie sie heute RS(SP)/KP gegenüber dem schwarzen Regime tatsächlich betätigt). Eine Klasse, die einern andern im Kampf rein tatsächlich Gefolgschaft leistet, weil sie entweder gar kein oder nur sehr wenig Klassenbewusstsein entfaltet, steht tatsächlich im Bündnis mit der Klasse deren tatsächliche Gefolgschaft sie bildet. Eine Schichte (wie z.B. die parasitäre verkleinbürgerlichte Arbeiterbürokratie, Arbeiteraristokratie), die auf das Bündnis mit linkskapitalistischen Schichten hinarbeitet, betrügerisch tatsächlich Koalitionspolitik, "Volks"frontpolitik. Sie ist durch diese ihre Einstellung gezwungen, ihre Politik nach den kapitalistischen Interessen der bürgerlichen Schichten zu richten, mit denen das Bündnis sie anstrebt, also die

proletarischen Klasseninteressen preisgeben zugunsten der Interessen kapitalistischer Ausbeuterschichten.

II. Hat die Arbeiterklasse zeitweilig gemeinsame Interessen mit der Linksbourgeoisie?

Wir sprechen nicht von den gemeinsamen rein menschlichen Interessen, die zweifellos bestehen. Ob Arbeiter, ob Kapitalist, Kommunist, ob Faschist, grundsätzliche Pflicht aller Menschen einander z.B. in Ertrinkungsgefahr und dergleichen zu helfen besteht. Hier jedoch sprechen wir von wirtschaftlichen, von politischen Interessen-

Das zwischen Proletariat und Linksbourgeoisie keine wie immer gearteten dauernde (wirtschaftliche, politische) Interessen bestehen, bedarf keines Beweises, denn die dauernden gemeinsamen Interessen der Arbeiter sind es, die die Arbeiter zu einer Klasse machen, zur Arbeiterklasse und die proletarischen Klasseninteressen sind den Klasseninteressen der Bourgeoisie (worunter die Linksbourgeoisie ein Teil) in allen Punkten gerade entgegengesetzt: das Proletariat will, muss wollen die Zerstörung der kapitalistischen Staatsmaschine, die Aufrichtung des proletarischen Staates - die Linksbourgeoisie dagegen will, muss wollen die Behauptung, Festigung, dauernde Aufrechterhaltung der kapitalistischen Staatsmaschine, die Verhinderung des proletarischen Staates;

Das Proletariat will, muss wollen die Aufhebung des kapitalistischen Privateigentums, Verwirklichung des Eigentums der Arbeiterklasse, letzten Endes der gesamten menschlichen Gesellschaft an den grossen entscheidenden Produktionsmittel - die Linksbourgeoisie dagegen will und muss wollen die Behauptung, Festigung, dauernde Aufrechterhaltung des kapitalistischen Privateigentums, die Verhinderung der sozialistischen Eigentums an den grossen entscheidenden Produktionsmittel;

Das Proletariat will, muss wollen die dauernde Steigerung der Lebenshaltung der Arbeiterklasse (das Erhöhen des Reallohnes, das Verkürzen der Arbeitszeit, das Verringern der Arbeitsintensität, das Verbessern der Sozialpolitik, das Steigern des Bildungsgrades usw.) - die Linksbourgeoisie will, muss wollen die Behauptung, Steigerung des Profites, was nur möglich ist durch gesteigerte Ausbeutung der Arbeiterschaft. -

Allein gibt es nicht wenigstens augenblickliche, zeitweilige, vorübergehende, gemeinsame Interessen der Arbeiterklasse und der Linksbourgeoisie (linkskapitalistischen Schichten) in diesen oder jenen mehr oder weniger bedeutenden Fragen? Auf diese Frage antworten wir proletarischen Revolutionäre - unter entwickelten kapitalistischen Verhältnissen - mit einem klaren ausnahmslosen: Nein! Unter entwickelten kapitalistischen Verhältnissen, das heisst unter solchen Bedingungen wie heute, das die Arbeiterklasse vor der grundlegenden Aufgabe der proletarischen Revolution steht, wobei der Kampf für die bürgerliche Demokratie nur eine rein taktische Frage bildet; anders unter Bedingungen der bürgerlichen Revolution in 1848, wo der Sturz der feudalen Herrschaft ein mit der Bourgeoisie zeitweiliges gemeinsames Interesse der Arbeiterklasse gebildet hat.

A. Haben sie gemeinsame Tagesinteressen?

Zum Beispiel die 40 Stundenwoche in Frankreich, stellt sie ein solches gemeinsames Interesse dar, ja oder keine? Wir sagen: Nein! Erinnerung wir uns an Deutschland, Österreich 1918/19, auch da gab es Achtstundentag und dergleichen. Die Massen waren in revolutionärer Gärung, also rückte die Bourgeoisie in dieser gefährlichen Lage ihren linken Flügel in den Vordergrund, der als Küder den Massen verschiedene Konzessionen hinwarf, um die Massen in der kritischsten Zeit vom revolutionären Kampf abzulenken, abzulenken, die revolutionäre Massenkampfkraft zu zerteilen, die Massen einzulullen, Zeit zu gewinnen, die gefährdete Machtposition der Bourgeoisie wieder zu festigen, sodann die Konzessionen auf andern Wegen (Intensivieren der Arbeit, Rationalisieren, Preissteigern, Geldentwertung usw.) wettzumachen, bis die Massen durch all dies schliesslich genügend geschwächt war, sodass die Bourgeoisie nunmehr die demokratische Hülle ihrer Diktatur fallen lassen, die offene kapitalistische Diktatur aufrichten und die ganzen Konzessionen und noch manches mehr liquidieren konnte.

1934 gerieten die französischen Massen in eine beginnende revolutionäre Gärung. Um sie vom revolutionären Kampf abzulenken, abzuhalten, griff

die französische Bourgeoisie zu derselben Strategie, wie die deutsche, österreichische Bourgeoisie 1918/19: der linke Flügel der Bourgeoisie sprang vor und warf, um die Massen mit Illusionen einzuschläfern, als Köder aus die Vierzigstunde Woche usw.

Solche Kontenpunkte besonders grosser revolutionärer Massengefahr werden auch in Zukunft immer wieder kommen und immer wieder wird da die Bourgeoisie ihren Linken Flügel vorschicken, um mittels der linkskapitalistischen Ködertaktik über die Gefahr hinwegzukommen.

Genau so wie mit der Vierzigstunde Woche ist es mit den Lohnerhöhungen. Da jüngst Mussolini die Löhne um 10-12% erhöht. Die steigende Teuerung, die fortschreitende Geldentwertung usw. in Italien senkt den Reallohn; geht das ununterbrochen durch längere Zeit noch weiter, so müssen die Massen in revolutionäre Gärung kommen. Die Lohnerhöhung ist da ein Kampfmittel des faschistischen Strolches gegen die Massen, um sie mit trügerischen Hoffnungen zu erfüllen, zu teilen, spalten, schwächen, Zeit zu gewinnen, neue Räubereien und neue Schwindelmanöver. Dem Wesen nach war es nicht anders mit den Lohnerhöhungen in Deutschland, Österreich 1918/20 und war es nicht anders mit den Lohnerhöhungen 1935/36 in Frankreich (übrigens auch in den Vereinigten Staaten von Amerika).

Der Regenwurm an der Angel schafft kein gemeinsames, auch nur vorübergehendes, auch nur zeitweiliges, auch nur augenblickliches Interesse zwischen Fischer und Fisch, sondern ist im Gegenteil nur Köder, um den Fisch einzufangen. -

So lange die RS(SP)/Stalinpartei über Massenanhang verfügt, sind sie der Transmissionsmechanismus dessen sich die Kapitalistenklasse auf dem Wege über die Linksbourgeoisie bedient, um ihr grosses Manöver gegen die Massen durchzuführen, der wichtigste Teil der Transmissionsarbeit der RS(SP)/Stalinpartei besteht darin, dem Proletariat kapitalistische Köder einzureden als "gemeinsame Interessen der Arbeiterklasse und der Linksbourgeoisie".

B. Gleiche Worte - doch verschiedene Interessen!

1. Freiheit!

Freiheit! rufen die beutegierigen Imperialisten Deutschlands, Italiens, Japans usw. - sie verstehen darunter die Freiheit, zu rauben, zu stehlen, zu plündern -

Freiheit! rufen die an Beute sattgefressenen Imperialisten Englands, Frankreichs, Amerikas, der CSR usw. - sie verstehen darunter die Freiheit, das, was sie zusammengeräubt, zusammengestohlen, zusammengeplündert, in Ruhe zu verdauen -

Freiheit! rufen alle Kapitalisten, auch die "linken" Kapitalisten, die "demokratischen" Kapitalistischen, rufen alle kapitalistischen Schichten - sie verstehen darunter die Freiheit, die Arbeiter derart ausbeuten zu können, dass dabei für die Kapitalisten - auch für die kleinen und mittleren Kapitalisten, auch für die Grossbauern - unbedingt ein möglichst grosser, ein möglichst wachsender Profit herauskommt -

Freiheit! rufen die verkleinbürgerlichten Arbeiterbürokraten, Arbeiteraristokraten, rufen ihre kleinbürgerlichen Parteien, die RS(SP)/Stalinpartei - sie verstehen darunter die Freiheit, im kapitalistischen Staat mitzubestimmen, an der kapitalistischen Macht teilzunehmen und aus der ungeheuren Beute, die die ganze Kapitalistenklasse aus den Arbeitern herauspresst, einen beträchtlichen Schmarotzeranteil, der freilich im Verhältnis zur Riesenbeute der kapitalistischen Räuber nur kleinbürgerlich bescheiden ist, für sich in Form aller möglichen Vorteile herauszuhohlen -

Freiheit! rufen die proletarischen Revolutionäre - sie verstehen darunter die Freiheit, von jeder kapitalistischen Herrschaft und Ausbeutung, kleidet sie sich in faschistische, demokratische oder in welche Form immer -

Alle rufen: Freiheit! - aber dahinter stecken verschiedene Interessen. Wer sagt: die Arbeiterklasse müsse mit allen, die nach Freiheit rufen, die für Freiheit kämpfen, das Bündnis schliessen, das Bündnis anstreben, der betrügt die Arbeiter, führt sie irre. So handeln RS(SP)/KP, die ihre Koalitionspolitik unter anderem damit betrügend die Arbeiterklasse der Linksbourgeoisie, Arbeiterklasse und die linkskapitalistischen, die bürgerlichen demokratischen Schichten hätten das gemeinsame Interesse, "für die Freiheit zu kämpfen, die Freiheit zu verteidigen, die Freiheit zu behaupten".....

2. Sozialismus!

Man kann das ungeheure, immer gewaltiger anschwellende gesellschaftliche Gewicht der Arbeiterklasse besonders deutlich dann erkennen, dass selbst die nach Arbeitermark heute gierigste Monopol bourgeoisie ihre Banditenrechte durch ihren blutigen Hanswurst Hitler als - "Sozialismus" vorzugauert.

Sozialismus! ruft die Monopolbourgeoisie durch den Mund des von ihr gedungenen National"sozialisten" Hitler - sie versteht darunter ein System, das ihr die vollkommen Knechtung, Ausbeutung, Ausplünderung der Massen ermöglicht, sichert -

Sozialismus! ruft die Radikal"sozialistische" Partei Frankreichs, mit der SP/KP in "Volks"front stehen - sie versteht darunter ein System, das die kleineren, mittleren Kapitalisten und Grossbauern vor der wirtschaftlichen und politischen Übermacht der Grossbourgeoisie, vor allem des Monopolkapitals schützt und zugleich den ungestörten Gang der kapitalistischen Ausbeutung, den ungestörten Gang der Erzeugung möglichst grosses Mehrwertes, der Aneignung möglichst grossen Profites sichert. Besonders in Zeiten, wo die Millionenmassen ernstlich "aufgeregt", in revolutionäre Gärung begriffen sind, erachtet die linkskapitalistischen Schichten zu diesem kapitalistischen Herrschafts- und Ausbeutungszweck die Methoden der bürgerlichen Demokratie als die geeignetste -

Sozialismus! Ruft die RS(SP)/Stalinpartei - sie verstehen darunter ein System, das der verkleinbürgerlichten Arbeiterbürokratie, Arbeiteraristokratie möglichst viele, möglichst gutbezahlte Machtstellen, möglichst grosses Einkommen, möglichst viele persönliche Vorteile verschafft. Ihr Ideal ist der stalinische "Sozialismus", das ist ein monopolkapitalistisches System, ein tatsächlich zu Monopolkapitalismus gleitendes System, möglichst "demokratisch" verbrämt, bei dem die grossen Vorteile der "sozialistischen" zentralisierten und organisierten Gesamtwirtschaft der parasitären verkleinbürgerlichten Arbeiterbürokratie, Arbeiteraristokratie zukommen, die Arbeiterklasse im besten Fall "Mitreden", meckern kann, doch, von der tatsächlichen Macht ausgeschaltet, an dem Schmarotzersystem der verräterischen Arbeiterbürokratie, Arbeiteraristokratie nichts wesentliches ändern kann -

Sozialismus! rufen die proletarischen Revolutionäre - sie verstehen darunter die entschuldigungslose Enteignung, Zentralisierung, Verwaltung der grossen entscheidenden kapitalistischen Produktionsmittel, die planmässige Organisation der Gesamtwirtschaft durch die proletarische Diktatur, das ist durch den proletarischen Staat; sie verstehen darunter ein System, in dem die zunächst unvermeidliche Arbeiterbürokratie blosser Gehilfe des Proletariats ist und bleibt, was durch verschiedene Garantien dauernd gesichert werden muss; ein System, indem durch die Parteidemokratie in der proletarischen Partei, durch die Arbeiterdemokratie im proletarischen Staat, in den Betrieben, in der Gewerkschaft usw die dauernde Kontrolle der Politik der proletarischen Partei, des proletarischen Staates, der Gewerkschaften usw wirksam gesichert ist; ein System, das nicht die Arbeiterbürokratie, Arbeiteraristokratie auf Kosten der Arbeitermassen, sondern die Arbeitermassen, die armen kleinbürgerlichen und kleinstädtischen Massen hebt, ohne eine sich politisch, wirtschaftlich über die Massen erhebende, entartende, entartete Arbeiterbürokratie, Arbeiteraristokratie aufkommen zu lassen -

Wer sagt: die Arbeiterklasse müsse mit allen, die nach Sozialismus rufen, für Sozialismus kämpfen, das Bündnis anstreben, der betrügt die Arbeiter, führt sie irre. Die Arbeiterklasse, darf nur mit solchen Klassen, Schichten, Parteien Bündnis schliessen, Bündnis anstreben, mit denen sie tatsächlich, wenn auch nur vorübergehend, wenn auch nur zeitweilig, gemeinsame Interessen hat; blose Gleichheit der Worte, ist noch lange kein Beweis der Gemeinsamkeit von Interessen. Die Arbeiter müssen es verstehen lernen, dass auch Räuber und Schmarotzer den Worten nach proletarisch klingende Losungen verwenden, um ihr Opfer, die Arbeiterklasse, die armen Massen überhaupt, leichter niederhalten, leichter ausnützen, ausrauben, ausschmarotzen zu können, die Arbeiter müssen es lernen, die proletarisch klingenden Losungen der Räuber und Schmarotzer zu durchschauen.

3. Gegen den Zarismus! Gegen den Kaiserismus!

Gegen den Zarismus! Rief 1914 die deutsche und österreichische Bourgeoisie mit den Hohenzollern und Habsburger an der Spitze - sie verstand darunter die Unterjochung der anderen Länder, Völker, deren Ausraubung, Ausplünderung, Ausbeutung durch die deutsche und österreichische Bourgeoisie.

Gegen den Kaiserismus! rief 1914 die französische, englische Bourgeoisie - sie verstand darunter genau dasselbe: die Unterjochung anderer Länder, Völker, deren Ausraubung, Ausplünderung, Ausbeutung durch die französische, englische Bourgeoisie -

Gegen Zarismus! rief 1914 die deutsche und österreichische SP - sie verstand darunter die Unterstützung des imperialistischen Raubkriegs der deutschen und österreichischen Bourgeoisie zwecks angemessenen kleinbürgerlichen Anteils an den Vorteilen des Riesenraubs für die deutsche und österreichische Arbeiterbürokratie, Arbeiteraristokratie -

Gegen Kaiserismus! riefen 1914 die französische, englische SP - sie verstand darunter die Unterstützung des imperialistischen Raubkriegs der französischen und englischen Bourgeoisie zwecks angemessenen kleinbürgerlichen Anteils an den Vorteilen des Riesenraubs für die französische und englische Arbeiterbürokratie, Arbeiteraristokratie -

Gegen den Zarismus! Gegen den Kaiserismus! riefen 1914 die proletarischen Revolutionäre Lenin, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Mehring - sie verstanden darunter den Kampf gegen die imperialistischen Räuber aller Länder, den Sturz der Bourgeoisie in allen Ländern, den Kampf zur Aufrichtung der proletarischen Diktatur in allen Ländern, sie verstanden darunter die proletarische Weltrevolution -

Die SP benützte verräterisch die Gleichheit der Worte, um den Arbeitern einzureden, sie hätten gemeinsame Interessen hier "gegen den Zarismus", dort "gegen den Kaiserismus", und lieferte sie in allen Ländern unter höchster Begeisterung für die Verteidigung des (kapitalistischen!) Landes der Bourgeoisie als Kanonenfutter für die imperialistische Schlachtbank - die proletarischen Revolutionäre aber durchschaute den Betrug, sie liessen sich durch die Gleichheit der Worte nicht täuschen, sie erkannten die Verschiedenheit der Interessen hinter den gleichen Worten und brandmarkten, bekämpften das mit der Gleichheit der Worte begründete Bündnis, das die SP in allen Länder mit "ihrer" Bourgeoisie schloss, als Verrat an der Arbeiterklasse, an der proletarischen Revolution.

4. Gegen den Faschismus!

Gegen den Faschismus! ruft die demokratische Bourgeoisie, weil sie auf internationalem Feld fürchtet, dass die faschistischen Räuber nicht bloß Sowjetrußland (mit dem waren und sie durchaus einverstanden), sondern auch die demokratischen (kapitalistischen) Räuber berauben wollen; die demokratische Bourgeoisie aber will ihre Riesenbeute behaupten; weil sie auf nationalem Feld die überlegene Macht der Monopolbourgeoisie fürchtet -

Gegen den Faschismus! ruft SP(RS)/KP, weil die Monopolbourgeoisie die verkleinbürgerlichte Arbeiterbürokratie, Arbeiteraristokratie vom Anteil der kapitalistischen Macht und Schlüssel ausschaltet, diese aber nicht ausgeschaltet sein will, sondern aus der kapitalistischen Schlüssel und an der kapitalistischen Herrschaft mitbeteiligt sein will - sie versteht darunter (so wie die Linksbourgeoisie) die Eindämmung, Zurückdrängung der Übermacht der Monopolbourgeoisie -

Gegen den Faschismus! rufen die proletarischen Revolutionäre - sie verstehen darunter die Niederwerfung der g e s a m t e n Bourgeoisie, den Sturz der kapitalistischen Herrschaft überhaupt, welche Form immer sie hat, hat sie auch bürgerlichdemokratische Form -

Die Arbeiter müssen vorsichtig sein gegenüber allen rein negativen Losungen! Wer ihnen damit kommt, den müssen sie stets fragen, was willst du positiv und sie müssen diese positive Losung sehr genau prüfen, denn auch dahinter verbergen die Räuber ihre räuberischen, die Schmarotzer ihre schmarotzerischen Pläne.

Für die (bürgerliche) Demokratie!

Für die (bürgerliche) Demokratie! ruft die Linksbourgeoisie, weil sie diejenige kapitalistische ~~Herrschaftsform~~ Herrschaftsform ist, die die schwächeren kapi -

talistischen Schichten (die kleineren und mittleren Kapitalisten, sowie die mittleren und Grossbauern) vor der Übermacht der Grosskapitalisten, der Monopolbourgeois insbesondere einermassen schützt und zugleich den Fortgang der kapitalistischen Ausbeutung der kapitalistischen Profitwirtschaft für alle kapitalistischen Schichten sichert -

Für die (bürgerliche) Demokratie! ruft die RS(SP)/KP, weil sie die -jenige kapitalistische Herrschaftsform ist, die der verkleinbürgerlichten Arbeiterbürokratie, Arbeiteraristokratie einen kleinbürgerlich anscheinlichen Anteil an der kapitalistischen Herrschaft und an der kapitalistischen Beute giebt; sie sind vollkommen bewusste Gegner der proletarischen Revolution, der proletarischen Diktatur, aber sie müssen das vor den Arbeitern sorgsam verbergen, denn nur durch parasitärisches Ausnützen der Kampfkraft der Massen, kann sie ihr eigensüchtiges Ziel erreichen -

Für die (bürgerliche) Demokratie! rufen die proletarischen Revolutionäre, um die Massen, die noch immer den kleinbürgerlichen Verratsparteien, der RS(SP)/Stalinpartei folgen, zum Kampf gegen die gesamte Bourgeoisie, zum Sturz ieder kapitalistischen Herrschaft, zum Kampf für die Aufrichtung der proletarischen Diktatur im Bündnis mit den armen Kleinbauerlichen und kleinbürgerlichen Millionenmassen in Bewegung zu setzen -

Der RS(SP)/KP ist die bürgerliche Demokratie tatsächlich das letzte Ziel, alles, was sie über die proletarische Diktatur schwätzen, ist elender Betrug, vollkommen bewusster Betrug, damit, um damit den Arbeitern Sand in die Augen zu streuen, denn nur so können sie die Arbeiter schmarotzerisch ausnützen. SP(RS)/Stalinpartei sind Gegner der proletarischen Revolution, nicht einmal die einfachste revolutionäre Pflicht erfüllen sie, die Pflicht der beharrlichen proletarischen-Revolutionären Propaganda. Wohin immer wir schauen, ihr "Kampf gegen den Faschismus", ihr "Kampf für die Verteidigung Widerherstellung, Zuendeführung der (bürgerlichen) Demokratie" stürzt die Bourgeoisie, festigt den Kapitalismus, ja bereitet - gegen ihren Willen - aber tatsächlich durch seine Auswirkungen die Bahn dem Faschismus, erleichtert es der faschistischen Diktatur, sich zu behaupten. Das zeigen die Erfahrungen bis 1933/34, aber auch die Erfahrungen seither.

Nirgendwo will die Linksbourgeoisie die Liquidierung der Rechtsbourgeoisie, dieses Trägers des Faschismus; wo die Linksbourgeoisie gegen die Rechtsbourgeoisie kämpft, will sie die Rechtsbourgeoisie besiegen, um so mit ihr ein Kompromis zu schliessen auf dem Rücken der Massen. (RS(SP)/KP will dieses Kompromis nicht, aber ihre Politik führt tatsächlich dazu). Das selbe gilt selbst für Spanien, wo sich heute Links- und Rechtsbourgeoisie aufs blutigste bekämpfen. Die spanische Linksbourgeoisie will ein kapitalistisches Herrschaftssystem in Spanien, indem die gesamte Bourgeoisie (also auch die Grossgrundbesitzer) herrschen, unter Führung der Industriebourgeoisie, sie denkt nicht daran, die Grossgrundbesitzer, die Rechtsbourgeoisie überhaupt auszuschalten, geschweige denn zu liquidieren. Um das zu erreichen, dazu nützt die Linksbourgeoisie die Kampfkraft der spanischen Massen aus, die ihnen verräterisch von der SP/KP geliefert wird (bis vor kurzer Zeit war an diesem verräterischen Lieferungsgeschäft das "Volks"front genannt wird, auch die POUM und die Anarchisten beteiligt). Schritt für Schritt festigt so die spanische Linksbourgeoisie ihre kapitalistische Herrschaft. Als ihr Machtapparat etwas gestärkt war, wurde die POUM aus der "Volks"-frontregierung ausgeschaltet (den kapitalistischen Sturmbock bildete die stalinistische Verratspartei) - Dann wurden die letzten proletarischen Klassenpositionen in Katalonien angegriffen. Als sich der linksanarchistische Flügel dagegen im Bündnis mit der POUM zur Wehr setzte, wurde kapitalistische Polizei gegen sie eingesetzt zur Entwaffnung; dann wurden die Linksanarchisten, dann die Anarchisten überhaupt, ja sogar die Linkssozialdemokraten (Caballero) aus der "Volks"frontregierung entfernt (wieder bildete den kapitalistischen Sturmbock dazu die stalinische Verratspartei-- So folgt ein Rechtsruck dem andern; so lösten SP/KP auch in Spanien ihr Judaswerk; bis sie es vollendet haben werden, wird auch für die sozialdemokratisch/stalinschen Lakaien die Stunde schlagen, wo ihnen die spanische Bourgeoisie den Fusstrit geben wird. Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen, so wie in Deutschland und Osterreich.

In Frankreich hat die "Volks"front der französischen Bourgeoisie über die revolutionäre Massenwelle von 1934/36 hinweggeholfen. Die Linksbourgeoisie, die den Boden unter den Füßen zu verlieren begonnen hat, wurde durch die "Volks"frontpolitik gestärkt, der kapitalistische Machtapparat wurde

dadurch ebenfalls gestärkt, die militärische Verfügung der Bourgeoisie über die französischen Massen wurde durch ebenfalls gestärkt - der Faschismus wurde und wird dadurch nicht geschwächt, sondern gestärkt.

"Wer der Meinung ist, dass seit dem Jahre 1934, angesichts der faschistischen Gefahr im Lande und eingekreist von faschistischen Mächten, das französische Proletariat die ganze Macht an sich reißen hätte können", mit diesen sucht der "Kampf" (Nr 3, Seite 101) die "Volks"frontpolitik zu verteidigen. Genau so haben die Sozialdemokratischen Parteien 1914 ihre verräterische Koalitionspolitik zur Verteidigung des (kapitalistischen Vaterlandes) begründet. Genau so hat die deutsche und österreichische SP 1918/20 ihren Verrat an der proletarischen Revolution, ihre verräterische Koalitionspolitik begründet. 1918/20 wäre die proletarische Machtaufrichtung in Deutschland und Österreich möglich gewesen. Doch weder für 1914, noch für 1934/34 hat irgendein ernster proletarischer Revolutionär damals von der SP, dann von der SPK/KPF die unmittelbare proletarische Machtaufrichtung verlangt. Was aber möglich und unbedingt notwendig war, das war eine konsequente proletarische Klassenpolitik, die eine proletarischrevolutionäre Politik, die unversöhnliche auf eine proletarische Machtaufrichtung hinarbeitet und eben darum unbedingt und unter allen Umständen jedes Bündnis mit einer kapitalistischen Partei, mit einer kapitalistischen Schichte ablehnt und den gesamten Kampf folgerecht gegen die gesamte Bourgeoisie ausrichtet. Die SP/KP tat und tut das gerade Gegenteil, sie festigt damit die kapitalistische Herrschaft auch in Frankreich, sie arbeitet auch dort - gegen ihren Willen - aber tatsächlich, durch die Auswirkungen ihrer Politik, dem Faschismus in die Hände.

Warum kann sich der italienische Faschismus solange behaupten? Warum liegen in Deutschland, Österreich, Polen usw. die Massen noch immer darnieder? Warum kann die faschistische Diktatur überall die Offensive gegen das Proletariat vorwärtstreiben, den Reallohn immer wieder tiefer und tiefer senken, sogar im kleinen Österreich? Weil die Politik aller SP(RS)/, aller Stalinparteien in allen kapitalistischen Ländern auf das Bündnis mit links-kapitalistischen Schichten, also auf das Bündnis mit klassenfeindlichen Schichten gerichtet ist! (Ja die Stalinpartei ging zeitweise in manchen Ländern sogar auf das Bündnis mit den Rechtskapitalisten aus, z.B. in Frankreich ("Für die französische Front!"), z.B. in Italien ("Für das Bündnis auf dem Boden des Faschismus von 1919!")); weil sie eben dadurch zwangsläufig überall die kapitalistische Herrschaft festigen, der proletarischrevolutionären Mobilisierung der Massen entgegenarbeiten, die Angriffskraft, ja selbst die Widerstandskraft der Massen schwächen.

Für die Unabhängigkeit Österreichs!

Für die Unabhängigkeit Österreichs! ruft der "vaterländische" Teil der österreichischen Bourgeoisie - er versteht darunter eine vom deutschen Imperialismus unabhängige kapitalistische Diktatur in Österreich -

Für die ("wahre") Unabhängigkeit Österreichs! ruft die kleinbürgerliche Arbeiterbürokratie, Arbeiteraristokratie durch ihr politisches Instrument, durch die RS(SP)/KP - sie versteht darunter ein vom deutschen und italienischen Imperialismus unabhängige, tatsächlich jedoch vom französischen, englischen, tschechischen Imperialismus unabhängige kapitalistische (bürgerlichdemokratisch verbrämte) Diktatur, die ihr einen gewissen Anteil an der kapitalistischen Herrschaft und Ausbeutung einräumt -

Für die (proletarische!) Unabhängigkeit Österreichs! rufen die proletarischen Revolutionäre - sie verstehen darunter einen tatsächlich von jeglichem, von jeglicher kapitalistischer Herrschaft (sei diese auch bürgerlichdemokratisch verhüllt) unabhängigen österreichischen Sowjetstaat, der sich stützt auf das Bündnis mit den Arbeitern aller Länder und auf das Bündnis mit allen jeweiligen schon bestehenden proletarischen Staaten -

Auch hier Gleichheit der Worte, aber Verschiedenheit der dahinter stehenden Interessen.

Wir haben nur einige solcher, den Worten nach (scheinbar) gleicher Losungen zerlegt, hinter denen in Wirklichkeit ganz verschiedene Interessen stehen. Es gibt eine Unmenge solcher täuschend "gleicher" Losungen: "Für die Verteidigung des Vaterlandes!".... "Für die Verteidigung des Landes!"... "Schutz der Republik und der Revolution!" (Diese letzte Schwindellosung benutzten die russischen Menschewiki und Sozialrevolutionäre 1917, heute bedienen sich ihrer die SP/KP in Spanien) us w.... überhaupt werden von den

Räubern, Schmarotzern und deren Helfern immer wieder neue "gleiche" Losungen zum Täuschen der Massen erfunden.

III. Gemeinsamkeit von Interessen der Linksbourgeoisie und der Parasiten.

Kleinbürgerliche Bündnispolitik.

Die Arbeiterklasse hat nicht in einem einzigen Punkt, auch nicht für einen Augenblick, auch nicht zeitweilig, auch nicht vorübergehend irgendein gemeinsames Interesse mit der Linksbourgeoisie, mit irgendeiner beliebigen linkskapitalistischen Schichte. Sie muss daher jede Koalitionspolitik, jede "Volks"frontpolitik und wie immer sich diese verräterische Bündnispolitik nennt, grundsätzlich ablehnen, bekämpfen.

Dagegen die auf dem Rücken der Arbeiterklasse hochgekommene, entartete, verkleinbürgerlichte Arbeiterbürokratie, Arbeiteraristokratie, die ihr politisches Instrument in der SP(RS)/Stalinpartei hat, diese Schmarotzerschichte, die aus dem Proletariat ins Kleinbürgertum hinübergewechselt ist, die allerdings hat tatsächlich Interessen mit der Linksbourgeoisie, mit linkskapitalistischen Schichten gemeinsam. Die Linksbourgeoisie hat (zeitweise!) das Interesse, die Massen, vor allem die Kampfkraft der Arbeitermassen für linksbürgerliche, also kapitalistische Zwecke auszunützen - die verkleinbürgerlichte Arbeiterbürokratie, Arbeiteraristokratie, deren Partei die SP(RS)/Stalinpartei, hat das Interesse, gegen angemessenes Trinkgeld, gegen Zulassung zur kapitalistischen Herrschaft und zur Anteilnahme an der kapitalistischen Herrschaft der Linksbourgeoisie das Ausnützen der Massenkampfkraft für linksbürgerliche, also kapitalistische Zwecke zu ermöglichen, ja durchzuführen, wobei ihr selbstverständlich die Linksbourgeoisie die dazu nötigen Köder zu liefern hat.

Zwischen verkleinbürgerlichter Arbeiterbürokratie, Arbeiteraristokratie, parteinmässig ausgedrückt: zwischen SP(RS)/Stalinpartei und Linksbourgeoisie (linkskapitalistischen Schichten, linkskapitalistischen Parteien) kann also ein Bündnis geschlossen werden, bei dem Beide Teile Vorteile finden: die Linksbourgeoisie und durch sie die Gesamtbourgeoisie den grossen kapitalistischen Vorteil, die "aufgeregten" Massen von der proletarischen Revolution abzulenken, abzuhalten - die verkleinbürgerlichte Arbeiterbürokratie, Arbeiteraristokratie einen wesentlich kleineren, aber doch beträchtlichen kleinbürgerlichen Vorteil, oben den Judaslohn für den Verrat an der Arbeiterklasse, für den Verrat an der proletarischen Revolution. Die Zeche dieses Bündnisses zahlt die Arbeiterklasse, auf ihrem Rücken wird es geschlossen, es ist Bündnis g e g e n die proletarische Klasse, g e g e n die proletarische Revolution. Das gilt um vollen Masse auch von der "Volks"front, die ja nur ein anderer Name ist für dieses verräterische Bündnis.

Was von diesem Bündnis (der Koalition), gilt auch von der Politik, die auf ein solches Bündnis ausgeht, von der Koalitionspolitik, von der "Volks"frontpolitik. Der industrielle Zyklus auf dem Boden der kapitalistischen Niedergangsepoche führt periodisch ja so ausserordentlich gefährlichen Lagen der gesamten Bourgeoisie, dass zur Behauptung ihres Herrschafts- und Ausbeutungssystem in solchen Zeiten das Bündnis mit der SP(RS)/Stalinpartei, sobald diesen die Massen nicht zuverlässig folgen, absolut unzulänglich wäre; in solchen Perioden lehrt die Bourgeoisie das Bündnis mit den Schmarotzern, mit den parasitären Parteien ab; sie verteidigt da ihr Herrschafts- und Ausbeutungssystem mittels faschistischer Erstraffung der gesamt-kapitalistischen Diktatur unter mehr oder weniger diktatorischer Führung der Monopolbourgeoisie.

Ihre wirtschaftliche Rauboffensive immer weiter vortreibend, nicht nur gegen die Arbeiterklasse, sondern auch gegen die Mittelschichten, ja selbst gegen die schwächeren kapitalistischen Schichten, muss die faschistische Diktatur in ihrem Verlauf ihre eigene Massenbasis immer mehr abstossen, in den linkskapitalistischen Schichten das Bedürfnis darnach hervorrufen, die faschistische Form der kapitalistischen Diktatur abzulösen. In solchen Zeiten arbeitet die gesamte Politik der parasitären Parteien darauf hin, das Bündnis mit der Linksbourgeoisie wieder zustandezubringen: sie setzen alles daran, die von ihnen enttäuschten Arbeitermassen wieder fest in ihre Schlepptau zu bekommen, zugleich aber die Linksbourgeoisie mit dem Vertrauen zu erfüllen, dass sie die Kampfkraft der Massen nur für Kleinbürger -

liche, linksbürgerliche, letzten Endes kapitalistischen Zwecke einsetzen und sie von der proletarischrevolutionären Bahn ablenken, abhalten will und wird.

Die gesamte Politik der SP(RS)/KP ist Koalitionspolitik: sie arbeitet darauf hin, das Bündnis mit der Linksbourgeoisie zustandezubringen. Das einmal erreicht, sucht sie dieses Bündnis möglichst lange zu behalten; haben die Verratsparteien so ihre Judasrolle erfüllt, der Bourgeoisie über eine kritische Phase wieder einmal hinweggeholfen, so werden sie von ihren kapitalistischen Herren mit einem je nach dem Sanften oder auch festen Fusstritt in die kapitalistische Reservestellung zurückbefördert; in der Reserveperiode geht die Politik der SP(RS)/KP wiederum darauf aus, das Bündnis mit der Linksbourgeoisie zustandezubringen. In diesem verräterischen Kreislauf bewegt sich die gesamte Politik der SP(RS)/Stalinpartei. In der aktiven Verratsperiode sammeln die verkleinbürgerliche Arbeiterbürokratie, Arbeiteraristokratie schöne Gewinne an, in der Reserveperiode muss sie einen gewissen Teil davon zwar wieder opfern, doch winkt ihr in den nächsten aktiven Verratsperioden neuer klingender Judaslohn.

Systematisch arbeiten SP(RS)/Stalinpartei an der politische Korruption der Massen. Insbesondere daran, wenn sie in der Regierung wie in Deutschland 1918/23, wie in Österreich 1918/20, wie in CSR, Skandinavien, Frankreich Spanien usw. und neben den allgemeinen Ködern (Achtstundentag, "rote" Gemeindebauten, Vierzigstundenwoche usw.) arbeiten sie mit speziellen Ködern. Wo irgendein Arbeiter von Einfluss auf die Massen auftaucht, flugs sind sie da, bieten ihm Bortelle für seine Person an, unter der Bedingung, dass er die Klasseninteressen der Arbeiter, dass er die proletarischrevolutionären Interessen preisgibt, verrät. So zersetzen sie das Klassenbewusstsein, die revolutionäre Klassensolidarität. Über die Riesennetze des Sowjetstaates verfügend, betreibt besonders die Stalinbürokratie diese politische Korruption in gigantischen Ausmass. Wie überhaupt die Stalinbürokratie das gemeinste, schmutzigste, treckigste, niederträchtigste, gefährlichste Schmarotzergesindel ist, das sich jemals innerhalb der Arbeiterbewegung breitgemacht hat.

Ob SP(RS) oder Stalinpartei, ihr "Kampf gegen den Faschismus" ihr "Kampf für die Verteidigung (Deutschland, Österreich bis 1933/34), für die Wiederherstellung (Italien, Deutschland, Österreich, Polen usw.), für die Zurechtfertigung der (bürgerlichen) Demokratie (Spanien)", ihr "Kampf für die ("wahre") Unabhängigkeit Österreichs" dient nicht dem Proletariat, dient nicht der proletarischen Revolution, sondern führt zur Festigung der kapitalistischen Herrschaft, hilft der Bourgeoisie über besonders kritische, über revolutionäre Phasen hinweg, ist Kampf zur Erreichung von Judaslohn auf Kosten der Arbeiterklasse.

Alle Gruppen, wegen sie sich noch so revolutionär gebärden, die die "Volks"frontpolitik unterstützen, wie z.B. die SAP, die "Rote Front" in Österreich sind aktive Helfer der Verratsparteien.

Aber auch alle Gruppen, die gegen diese Bündnispolitik in noch so starken Worten zwar wettern, aber nur taktisch, nicht grundsätzlich, wie z.B. die neue Opposition in der Stalinpartei, machen jener Verratspolitik tatsächlich die Mauer. Dasselbe gilt von allen Gruppen, die einfach über die Grundfrage der verräterischen Bündnispolitik schweigen.

Schliesslich unterstützen in Wahrheit auch jene Gruppen diese Verratspolitik, die zwar in Worten, sogar grundsätzlich die "Volks"frontpolitik bekämpfen, aber tatsächlich infolge der Selbstständigkeit und Unabhängigkeit der Organisation der proletarischen Revolutionäre der "sozialistischen" "Volks"frontpartei beitreten oder sich den Weg dazu offen halten, wie die trotzkistischen Gruppen. (Die trotzkistischen "Revolutionären Kommunisten" in Österreich sind grundsätzlich für die Koalitionspolitik, für die "Volks"frontpolitik, sind also aktiv an diesem Verrat unmittelbar beteiligt).

IV. Proletarischrevolutionäre Bündnispolitik.

Die Arbeiterklasse kann das Bündnis schliessen nur mit solchen Klassen, Klassenschichten, mit denen sie - wenn auch nur zeitweilig, wenn auch nur vorübergehend, wenn auch nur für eine kurze Zeitspanne, wenn auch nur in gewissen Fragen - gemeinsame Interessen hat.

Sie kann, soll, muss daher das Bündnis anstreben und herstellen mit den armen kleinbuergerlichen, mit den armen kleinbürgerlichen Massen.

Sie kann, soll, muss trachten, diejenigen Schichten, die nur vereinzelte Lohnarbeiter, Knechte, Mägde ausbeuten, das sind im Dorf die Mittelbauern, in der Stadt die unechten Kleinbürger (nach der Aufrichtung der proletarischen Macht auch die kleinen Kapitalisten) durch eine ihren Interessen entgegenkommende Politik möglichst zu neutralisieren.

Dagegen kann sie mit Schichten, die Lohnarbeiter, Knechte, Mägde ausbeuten, unter entwickelten kapitalistischen Verhältnissen kein Bündnis anstreben oder gar schliessen, weil die proletarischen Interessen in allen Punkten den Interessen dieser Schichten widersprechen, weil es zwischen diesen Schichten und der Arbeiterklasse unter entwickelten kapitalistischen Verhältnissen ein wie immer geartetes, auch nur augenblickliches, zeitweiliges, vorübergehendes gemeinsames Interesse nicht gibt. Für eine proletarische Partei ist daher das Bündnis oder auch das Hinarbeiten auf das Bündnis mit den Grossgrundbesitzern, die Kirche inbegriffen, den Monopol-, Finanz-, Bank-, Industrie-, Handels-, Rentner-, überhaupt Grosskapitalisten, aber auch mit den Mittleren- und Kleinkapitalisten, mit den Grossbauern grundsätzlich unzulässig.

Wie ist es nun z. B. beim Kampf gegen die Francobanditen? Dieser Kampf ist selbstverständlich proletarischrevolutionäre Pflicht! Aber indem die proletarischen Revolutionäre z. B. an der Madrider Front in der republikanischen Armee mit den Waffen in der Hand gegen die Rebellenarmee kämpfen, unterstützen sie nicht tatsächlich die spanische Linksbourgeoisie, sind sie da nicht tatsächlich Verbündete der Linksbourgeoisie? Keineswegs! Die proletarischen Revolutionäre in der republikanischen Armee kämpfen gegen die Francobanditen aus ganz anderen Gründen, zu ganz anderen Zwecken als die Linksbourgeoisie; ja vielmehr: sie verknüpfen den legalen (politischen und militärischen) Kampf gegen die Rechtsbourgeoisie mit dem (nötigenfalls illegalen) Kampf gegen die Linksbourgeoisie; sie richten ihren Kampf darauf aus, die spanischen Massen an der Front und im Hinterland zu überzeugen, dass sie die Franco & Co. aber auch die Linksbourgeoisie schlagen müssen, dass ihre Aufgabe nicht ist, dem linken Flügel der Kapitalistenklasse die Kastanien aus dem Feuer zu holen, sondern die spanischen Massen zu befreien von aller kapitalistischen Herrschaft, aufzurichten die proletarische Diktatur in Spanien. So wie überall erfüllen die proletarischen Revolutionäre die Aufgabe der revolutionären Klärung der Massen, indem sie überall zusammen mit den Massen kämpfen, also in Spanien vor allem auch an der Front.

So unzulässig der Kampf der POUM und der Anarchisten in aller ihrer Unklarheit, kämpfen die ihnen folgenden ehrlich gestimmten Arbeiterteile für die proletarische Revolution, für die proletarischen Klasseninteressen. Die proletarischen Revolutionäre müssen den Kampf der revolutionär gestimmten Arbeitermassen unterstützen, ihren Kampf mitkämpfen, aber sie müssen das verbinden mit der beharrlichen proletarischrevolutionären Kritik nicht nur an der SP/KP, sondern auch an der POUM, an den anarchitischen FAJ und CNT, an den Illusionen der Massen und sie müssen das verbinden mit der ausdauernden proletarischrevolutionären Propaganda, um diese ehrlichen, unklaren revolutionär gestimmten Arbeitermassen zu klären, auf dem konsequenten proletarischen Klassenweg zu führen. Dieses Unterstützen ist ein Bündnis, aber vom proletarischen Klassenstandpunkt ein grundsätzlich zu - lässiges, ja notwendiges Bündnis. (Es versteht sich, dass eine proletarischrevolutionäre Gruppe, eine proletarischrevolutionäre Partei in Spanien das Bündnis mit der POUM, mit den Anarchisten anstreben kann, soll, muss).

Mit den armen kleinbäuerlichen, armen kleinbürgerlichen Schichten, mit deren Parteien, also mit ehrliehen, kleinbäuerlichen, ehrlich kleinbürgerlichen Parteien ein Bündnis anstreben, herzustellen, ist der proletarischen Partei grundsätzlich zulässig, ja Pflicht, wobei selbstverständlich immer alle Erfordernisse der taktischen Zweckmässigkeit geprüft, erfüllt, vorhanden sein müssen. In erster Linie und vor allem muss die proletarische Partei das Bündnis anstreben und verwirklichen mit den kleinbürgerlichdemokratischen Parteien, denen grosse Teile der Arbeitermassen folgen, also mit der SP(RS)/Stalinpartei. Die verkleinbürgerlichte Arbeiterbürokratie, Arbeiteraristokratie verrät die proletarischen Klasseninteressen, das bedeutet aber keineswegs, dass sie mit der Linksbourgeoisie vollkommen identische Interessen hätte, vielmehr hat sie von der Linksbourgeoisie verschiedene Interessen, ja sie hat darüber hinaus als kleinbürgerliche Schicht die ganz besonders auf die Arbeitermassen angewiesen ist, viele gemeinsame Interessen mit der Arbeiterschaft. Die proletarische Partei muss das Bündnis

mit den kleinbürgerlichdemokratischen Parteien suchen, herstellen, ja erzwingen.

Die proletarische Partei kämpft initiativ (selbstverständlich immer im Einklang mit den tatsächlichen Kräfteverhältnissen, insbesondere mit ihrer eigenen tatsächlichen Kraft) für die proletarischen Tagesinteressen und verknüpft diesen Tageskampf mit der konsequenten proletarischrevolutionären Propaganda. Sie unterstützt den Kampf der verkleinbürgerlichten Arbeiterbürokratie, Arbeiteraristokratie in allen Fragen, wo das Proletariat gemeinsame Interessen hat mit dieser verkleinbürgerlichten Schichte, sie unterstützt daher insbesondere den Kampf der SP(RS)/KP in den verschiedenen Tagesfragen, also z.B. auch ihren Kampf für die Wiederherstellung der (bürgerlichen) Demokratie, aber sie verbindet dies immer mit der ständigen proletarischrevolutionären Kritik an dem kleinbürgerlichen Verhalten der Verratsparteien und mit der nie aussetzenden Propaganda für die proletarischrevolutionäre Lösungen. Sie stellen das Bündnis mit der SP(RS)/KP schliesslich her, indem sie diese kleinbürgerlichdemokratischen Parteien zum Bündnis mit der proletarischen Partei schliesslich erzwingen.

Sie muss durch immer mehr gesteigerten Massendruck die SP(RS)/KP nötigen, ihre Koalitionspolitik, ihr Bündnis mit der Bourgeoisie oder mit Teilen derselben aufzuheben um das Bündnis mit der proletarischen Partei zu schliessen: dieses Bündnis und nur dieses Bündnis allein ist die proletarische Einheitsfront! Die proletarische Partei muss sich dabei stets darüber klar sein, dass die Verratsparteien jeden Augenblick bereit sind, das mit ihr geschlossene Bündnis an die Bourgeoisie zu verraten, darum muss die proletarische Partei dieses wie jedes Bündnis, diese wie jede Bündnispolitik stets verknüpfen mit der beharrlichen revolutionären Kritik am Verbündeten und mit der proletarischrevolutionären Propaganda, um die revolutionäre Wachsamkeit der Massen auf der Höhe zu halten, jeden Verrat des Bündnisses zu verhindern und, wenn er dennoch vollzogen wird, den Verrat zu bestrafen durch Lösung der den Verratsparteien noch folgenden Massenteile und deren Überleitung unter der Führung der proletarischen Partei, unter das Banner der proletarischen Revolution.

Die proletarischen Revolutionäre müssen eine unversöhnliche, andauernde, konzentrierte Propaganda gegen jede Art von Koalitionspolitik, also auch gegen jede Art von "Volks"frontpolitik führen: eine proletarische Partei, die unter entwickelten kapitalistischen Verhältnissen ein Bündnis mit ausbeuterischen Schichten schliesst oder auf ein solches Bündnis ausgeht, verraät an den Interessen der Arbeiterklasse, an der proletarischen Revolution! - das muss ins Blut des letzten Arbeiters übergehen als unverrückbarer Grundsatz.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

NEUERLICHER RECHTSRUCK IN SPANIEN.

Zuerst setzte die Linksbourgeoisie alles daran, den neuen bürgerlichen Macht- und Verwaltungsapparat aufzubauen. Mit Hilfe der SP/KP liquidierten sie den Grossteil der Ansätze zu proletarischen Machtpositionen. Dann wurde die POUM aus der Regierung geworfen. Nun wurden die letzten proletarischen Positionen in Katalonien liquidiert und die Linksanarchisten aus der Regierung geworfen. Nachdem dies mit Hilfe der SP/KP vollzogen war, wurden nun die Anarchisten überhaupt, ja sogar die Linksozialdemokraten (Cuballero) aus der Regierung geworfen. Ein dreifacher Rechtsruck innerhalb dreier Monate! Der kapitalistische Sturmbock jeder Rechtswendung war und ist die Stalinpartei. Es zeigt nun selbst die spanische Revolution handgreiflich, dass die gewaltigsten Anstrengungen, Opfer der Massen, solange sie geführt sind auf der SP(RS)/KP-Verratslinie, solange sie geführt sind von solchen Verratsparteien wie SP(RS)/KP immer wieder die Herrschaft der Bourgeoisie festigen! Ein Ergebnis zugunsten der Massen führt der Massenkampf nur dann herbei, wenn er geleitet, geführt wird auf der proletarischrevolutionären Linie, also von der proletarischen Klassenpartei. Die neue Regierung ist ein Bündnis der Linksbourgeoisie mit den Rechtssozialdemokraten und der Stalinpartei, die wie überall auch in Spanien noch weit mehr rechts steht, als die rechtesten Sozialdemokraten. Die spanische Linksbourgeoisie steuert auf ein (siegreiches) Kompromis mit der Rechtsbourgeoisie.

Die Arbeitergefolgschaft der POUM, der Anarchisten, der Linksozialdemokraten besteht aus ehrlich proletarischrevolutionär gestimmten, doch unklaren

Arbeiterelementen. Das grosse Unglück ist, dass auch ihre führenden Gruppen nicht viel klarer sehen. Die POUM hat in ihrer zentristischen Illusion den "Volks"frontverrat unterstützt, mitgemacht, ja sie tat in der "Volks"frontregierung mit. Als sie hinausgedrängt war, führte sie einen Kampf um die Wiederaufnahme in die "Volks"frontregierung.... Seither beginnt sie sich etwas nach links umzustellen, doch in absolut unzulänglicher, zwieschlächtiger, inkonsequenter, zentristischer Weise. Sie kämpft nun für die "Bildung einer Regierung, die ausschliesslich aus Vertretern der Arbeiterparteien und -Organisationen gebildet wird" - eine unter den gegebenen Verhältnissen taktisch richtige Lösung - begeht aber den schweren politischen Fehler, eine solche Regierung unter der Bezeichnung "Arbeiter und Bauernregierung" den Arbeitern als proletarische Diktatur auszugeben. In der Agrarfrage bezieht sie die verschwommene Position der "Nationalisierung des grossen Grundbesitzes mit Nutznießung für diejenigen, die ihn bearbeiten", statt für die entschädigungslose Aufteilung des Bodens der Grossgrundbesitzer, der Kirche inbegriffen, auf die landarmen Bauern einzutreten (unter Beibehaltung der besten Grossbetriebe als landwirtschaftliche Musterbetriebe). Überhaupt ist ihre Selbstkritik (auch in der "Volks"frontfrage) durchaus unaufrichtig und erschwert die Klärung der Massen, insbesondere der anarchistischen Arbeiter. Sie stellt das Versagen der II. und III. Internationale fest und will Seite an Seite mit der SAP eine revolutionäre Internationale vorbereiten, eine elende Phrase, unter der sich jeder denken kann, was er will.

Die neuen und überaus schweren Schläge des linkskapitalistischen Klassenfeindes müssen die POUM veranlassen, ihre zentristische Position zu liquidieren, mit dem Schwanken, mit allem Halbschlächtigen aufzuhören und die klare, feste, konsequente proletarischrevolutionäre Linie zu beziehen. Auch die Anarchisten und selbst die Linkssozialdemokraten werden nach dieser Wendung der Dinge gar manche Illusion liquidieren. Die POUM, die sich auf die konsequente proletarischrevolutionäre Linie umstellen muss, muss die Initiative ergreifen zur Bildung einer proletarischen Einheitsfront, gebildet aus der POUM, den Anarchisten und den Linkssozialdemokraten. Eine von allen kapitalistischen Elementen freie Regierung und die revolutionäre Lösung der Agrarfrage müssen die Hauptpunkte des Aktionsprogramms dieser Einheitsfront sein. Dafür muss sie die Massen gewinnen, um mittels immer mehr gesteigerten Massendruck die Rechtssozialdemokraten und die Stalinparteien zwingen, mit der Linksbourgeoisie zu brechen, sich der proletarischen Einheitsfront anzuschliessen oder ihren Massenanhang an die proletarische Einheitsfront zu verlieren. Die beharrliche Propaganda, für die Aufrichtung der proletarischen Diktatur in Spanien muss diesen Kampf begleiten.

Der neuerliche Rechtsruck in Spanien entlarvt aufs neue die verräterische Rolle der "Volks"front, der "Volks"frontpolitik, der "Volks"frontgaunerei und ihre Träger der SP(RS)/KP.

Jedenfalls ist es unbedingt notwendig, dass die konsequente proletarischrevolutionären Elemente in der POUM, das ist der linke Flügel der POUM, ihre Anstrengungen aufs äusserste steigern, um die POUM unter dem Einfluss der neuesten, so schweren Erfahrungen schleunigst auf die konsequente proletarischrevolutionäre Linie umzuleiten.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

DIE NEUE OPPOSITION IN DER STALINPARTEI

Vor uns liegt das 3. (März)Heft der hektographierten Monatsschrift "Ziel und Weg", die nicht verwechselt werden darf mit der gedruckten Monatsschrift der Stalinpartei "Wege und Ziele". Leider sind uns die zwei ersten Hefte nicht zugekommen, doch lässt das dritte Heft gewisse Rückschlüsse auf die politische Einstellung der neuen Opposition zu. Die sich in "Ziel und Weg" ihr oppositionelles Organ geschaffen hat.

I. Die Einstellung zur "Volks"frontpolitik.

Wir zitieren nach Heft 3 von "Ziel und Weg", Seite 3 ist sie "Für die katholischen Massen für die "Volks"front zu gewinnen", also grundsätzlich für die "Volks"front.... Allerdings für Österreich ist sie gegen die "Volks"front, doch nicht aus prinzipiellen Gründen, sondern weil es in Österreich eine katholische Massenbewegung nicht gibt.... (Es ist das dieselbe, der prinzipiellen Frage angewandte Stellung, wie sie von der SP/RS zu hören ist).

Über Deutschland heisst es: "Wie man in Deutschland eine "Volksfront" verwirklichen soll, das begreift niemand, der wirklich illegale Arbeit leistet.....in allen illegalen Kaders ist es Gemeingut, dass in Deutschland eine Volksfront nach französischem Muster objektiv unmöglich ist (das ist die ausweichende Stellung, wie für Österreich, doch heisst es dann weiter:) und dass das Bündnis zwischen der Arbeiterklasse und dem revolutionierenden Teil des Kleinbürgertums nicht durch Pakte verwirklicht werden kann, nicht im Bündnis mit irgendwelchen Teilen der Bourgeoisie, sondern nur durch die selbstständige Kraft des Proletariats, das das Kleinbürgertum soweit gewinnt und mit sich führen kann, als es fähig wird, die Lösung zum Sturz der Diktatur zu schaffen". - Anders als für Österreich, wird hier also für Deutschland das Bündnis der Arbeiterklasse mit irgendwelchen Teilen der Bourgeoisie überhaupt abgelehnt; doch eben nur für Deutschland, weshalb auch diese bedeutsame Stellungnahme noch immer nur taktisch, noch nicht grundsätzlich ist.

Was Frankreich betrifft, so wird die Blumregierung die "Volks"frontregierung, vollkommen richtig als Koalitionsregierung mit dem linken Teil der Bourgeoisie bezeichnet und an ihr sehr scharf Kritik geübt: "Die französische Volksfrontpolitik ist die opportunistische Schlussfolgerung aus der sektiererischen Taktik, die zur deutschen Niederlage führte. Die Vaterlandsverteidigung ist eine opportunistische Illusion, die SU gemeinsam mit der französischen Bourgeoisie verteidigen zu können" (Seite 10/11). Das darf wohl so verstanden werden, dass damit auch für Frankreich die "Volks"frontpolitik überhaupt verworfen wird. Doch bedeutet auch das noch keine prinzipielle Stellungnahme.

Jede neue Oppositionswelle /in diesem so wichtigen Punkt instinktiv- mässig auf einem richtigen Weg, doch ist diese bisherige Stellungnahme der neuen Opposition zur "Volks"frontpolitik alles andere als klar. In diesem entscheidenden Punkt muss sie vollkommene Klarheit schaffen. Sie muss mit aller Deutlichkeit aussprechen, dass sie unter entwickelten kapitalistischen Verhältnissen jedes wie immer geartete Bündnis der proletarischen Partei mit der Bourgeoisie, mit Teilen derselben, jede auf solches Bündnis ausgehende Politik grundsätzlich ablehnt, verwirft, bekämpft.

Was die positive Seite betrifft, so verweist die Opposition darauf, dass die proletarische Partei ihre Bundesgenossen in den Mittelschichten, in der Bauernschaft, in den werktätigen Schichten suchen müsse. "Bauernschaft", "Werkstätige", das sind verschwommene Ausdrücke, deren sich RS(SP)/?O mit Vorliebe bedienen, um das Proletariat darüber zu täuschen, dass sie in Wirklichkeit das Bündnis mit linkskapitalistischen Schichten anstreben, z.B. mit den Grossbauern, den Mittel- und Kleinkapitalisten. Es ist notwendig, dass die neue Opposition sich darüber klar ausspricht.

II. Eine ultralinke Position.

"Statt die Losung des sozialistischen Auswegs breit zu propagieren, ruft die Partei (nämlich die Stalinpartei) nach längst diskreditierten demokratischen Republik. Man missverstet uns nicht: wir ringen um jeden Zoll demokratischer Rechte und Freiheiten, auch wir halten selbstverständlich die Demokratie für den besseren Kampfboden des Proletariats als die faschistische Diktatur, auch wir kämpfen für die Demokratie, die sich erst nach Beseitigung der Klassengegensätze schaffen lässt. Doch die Losung der "demokratischen Volksrepublik" in die Massen werfen, obwohl diese Regierungsform geradewegs in den Faschismus geendet hat....zeigt vom tiefsten Unverständnis der wahren Volksstimmung".

Nach der prinzipiellen Seite ist diese Einstellung durchaus richtig, aber taktisch bedeutet sie einen schweren (ultralinksmenschewistischen) Fehler. Die Stalinpartei/(RS)SP kämpfen in Wirklichkeit einzig und allein für die demokratische Republik, sie kämpfen nicht für, sondern gegen die proletarische Diktatur, wofür sie die Arbeiter durch scheinradikalen Phrasen zu täuschen sucht. Die neue Opposition verfällt in den umgekehrten Fehler: sie lehnt den Kampf für die demokratische Republik überhaupt ab und verlangt statt dessen die breite Propaganda des sozialistischen Auswegs. Dieser Fehler wird nicht dadurch gemildert, dass sie erklärt, für jeden Zoll demokratischer Rechte und Freiheiten zu ringen, sie schafft dadurch nur Unklarheit, Verwirrung. Wer für demokratische Rechte und Freiheiten wirklich kämpft, muss konsequenterweise für die demokratische Republik kämpfen, worin sich alle diese demokratischen Rechte und Freiheiten zusam-

menfassen. Den Kampf der RS(SP)/KP für die bürgerliche Demokratie unterstützen, den Kampf der Wiederherstellung und konsequenten Zuendeführung der bürgerlichen Demokratie führen und all dies stets verknüpfen mit der beharrlichen proletarischrevolutionären Kritik an der RS(SP)/KP, nicht zuletzt an der Unzulänglichkeit aller bürgerlichdemokratischen Lösungen überhaupt und mit der beharrlichen proletarischrevolutionären Propaganda, das ist die Linie einer wahrhaft proletarischrevolutionären Opposition. Das muss die neue Opposition überprüfen, sie muss ihre unklare, ihre in Wirklichkeit ultralinksmenschewistische Position verlassen und die proletarischrevolutionäre Position beziehen. (Menschewistisch ist sie deshalb, weil sie in der Auswirkung nach die opportunistische, verräterische Politik der KP/SP (RS) erleichtert.

III. Nicht stehenbleiben - sondern in allen Fragen bis ans Ende gehen!

Wahrhaft vernichtend kritisiert die neue Opposition die KP Frankreichs: "Die KPF hat in den letzten zwei Jahren eine Entwicklung zum Reformismus durchgemacht, der in der Geschichte der revolutionären Bewegung beispiellos dasteht.... Die gesamte Propaganda trägt den Stempel einer kleinbürgerlichen Fortschrittspartei... Ihre Politik hat nichts mehr zu tun mit Internationalismus..... Opportunistische Politik....., Nicht Klassenkampf, sondern Volksgemeinschaft.... Sie ist eine Patriotische Partei geworden" (Seite 13). Und sie knüpft daran die so wichtige und richtige Frage: "Wie ist die beispiellose Entwicklung eine Revolutionspartei in einen solchen Sumpf des Opportunismus überhaupt möglich?" Darauf gibt sie eine Reihe vortrefflicher Antworten, z.B. die, dass die französischen Arbeiter der Koalitionspolitik ohne jede Erfahrung gegenüber steht (was geschichtlich zwar nicht richtig ist: denn gerade der Millerandismus und Briandismus um 1900 herum war der erste Fall offen und krass zutage tretender Koalitionspolitik - aber dem Wesen nach auch zutrifft, weil die Erinnerung daran in der französischen Arbeiterschaft fasst ganz verschwunden ist), Allein das gemeinsame Merkmal der vortrefflichen Antworten, die die neue Opposition gibt, ist, dass sie die opportunistische, patriotische, mit einem Wort kleinbürgerliche Politik der KPF erklärt aus rein französischen Ursachen. Die französische KP macht in allen entscheidenden Fragen diejenige Politik, die der Kommunistischen Internationale entspricht und was von der KPF, gilt von der KPCSR, KPPolens, Deutschlands, Italiens, Österreichs, kurz aller Länder. Die Kritik muss also auch gegen die KI, gerichtet sein! Die Politik der KI aber wird, solange Sowjetrussland der Schwerpunkt der proletarischen Weltfront, von der russischen KP, die Politik der russischen KP aber wird bestimmt von der Stalinbürokratie, von der Stalinclique, vom Stalinismus, von der stalinischen "Generallinie", von Stalins Aufbau des "Sozialismus" in einem Lande, von Stalins russischen National "Sozialismus". Über diese Grundursachen der opportunistischen Politik ausnahmslos aller "Kommunistischer" Parteien schweigt die neue Opposition, ja sie schweigt überhaupt über die russische Frage und so schweigt sie sich auch zum Beispiel aus über Stalins Mouchelmorde an Sinowjew, Kamenjew, Piatakow, Muralow.

Die neue Opposition darf nicht dabei stehen bleiben, die Fragen national beschränkt zu stellen, sondern sie muss bis ans Ende gehen, sie muss die gemeinsame, tiefste Wurzel suchen und aufdecken der beispiellosen politischen Entwicklung ausnahmslos aller "Kommunistischen" Parteien in einen solchen Sumpf des Opportunismus: Sie muss ihre Kritik auch richten gegen den Stalinismus, gegen den Aufbau des "Sozialismus" in einem Lande, gegen die Stalinbürokratie! Wenn die neue Opposition bei dieser nationalbeschränkten Position auf die Dauer verharren sollte wenn sie dauernd zu den entscheidendsten Fragen schweigen würde oder sich nur mit verschwommenen Wendungen um sie drücken würde, so wäre das ein sehr bedenkliches Anzeichen.

Es hat nämlich schon einmal eine Opposition gegeben, die das so tat. Das war die Rechtsopposition, die Brandleropposition. Ihre Hauptpositionen waren: Die stalinische "Generallinie" sei richtig und zwar nicht nur in der russischen Frage, sondern im grossen ganzen überhaupt; sie kritisierte nur die ultralinken Masken, womit Stalin seine opportunistische Politik tarnete, während sie den stalinischen Opportunismus durchaus billigte; sie verlangte für Deutschland eine Taktik nach deutschen, für Frankreich nach

französischen, kurz für jedes Land nach rein nationalen Verhältnissen, sie war also nicht nur für Russland, sondern für jedes Land nationalbeschränkt; ihren eigentlichen Angriff richtete sie auf die "Unfähigkeit einzelner Führer", z.B. in Deutschland der Thälmann & Co, in Österreich der Koplenig & Co. Die ganze Rechtsopposition lief praktisch darauf hinaus, seine Majestät, den "unfehlbaren" Papst Stalin zu bewegen, die "unfähigen" Thälmann, Koplenig & Co zu ersetzen durch die bei weitem "fähigere" - Brandlergarnitur....d.h., die ganze Brandleropposition lief tatsächlich hinaus auf blanke Stellenjägeri. Mit der Wendung zur "Volks"front, als Stalin seine ultralinke Maskerade auf den Mist warf, war der Brandlerismus der Boden entzogen. Seine Organisationen vielen auseinander, die meisten Brandleristen kapitulierten, denn jetzt hatte ja Stalin praktisch das vollzogen, wofür sie "kämpften". Allerdings ihren Hauptwunsch hat Stalin nicht erfüllt: sie wurden zu führenden Stellungen im Stalinapparat nicht herangezogen. Gegenwärtig, wo sich die Unzufriedenheit gegen die Stalinpolitik in den Stalinparteien wieder stark zu regen beginnt, ist durchaus möglich, das enttäuschte Brandleristen eine "neue" Opposition aufzuziehen, um die Konjunktur für sich zu nützen. Der ultralinke Stalinschwindel steckt nun in der Rumpelkammer, bietet also nicht den Punkt zum Einhacken. Aber der Stalinismus ist derart nach rechts gerutscht und rutscht immer weiter nach rechts, dass selbst die Brandleropposition ihn von "links" angreifen könnte. Man kann die Stalinsche "Volks"frontpolitik auf das schärfste angreifen, ohne sie grundsätzlich abzulehnen; mit dem Stalinismus prinzipiell auf dem Boden des Opportunismus, lassen sich sehr scharfe taktische Kämpfe schlagen, die dem oberflächlichen Prüfenden fein verhüllen, dass das ganze in Wirklichkeit nur auf Stellenjägeri hinausläuft.

Überdies hat wiederholt die Stalinbürokratie solche Oppositionen selber aufgezogen, um die so oppositionelle Stimmung aufzufangen, einige Stalinbeamte als Sündenböcke zu opfern und die bezahlten Manager solcher "Oppositionen" dann mit irgendwelchen gutbezahlten Stellungen zu belohnen.

Wir hoffen, dass die neue Opposition mit solcher Einstellung nicht das geringste zu tun hat. Es liegt im proletarischrevolutionären Interesse, dass sie hier Klarheit schafft.

Die Kritik der neuen Opposition an der Politik der KPD und KPF ist rein negativ, sie macht keine positiven Vorschläge. Denn ihr "Wunsch, dass die KPF die Kraft finden möge, die gegenwärtige Politik zu überwinden", enthält keine positive Antwort darauf, auf welchem Weg die ungeheuren Fehler der KPF zu überwinden sind. Auch die bloße Losung der Parteidemokratie ist keine positive Antwort. Eine Opposition, die es ehrlich und ernst meint, ist verpflichtet, der Partei positiv und konkret der Partei die Politik zu zeigen, die sie vorschlägt. Kritik ohne positive Vorschläge wirkt nicht aufbauend, ist daher auch nicht in der Lage, das Falsche zu überwinden.

Im Verhältnis zur KP/KI erklärt die neue Opposition "Unbedingte Parteitreu verbunden mit zähem Festhalten an den kommunistischen Grundsätzen und einer revolutionären Taktik". Sie kämpft für die Gesundung der KP/KI. Ihre eigenen, weiteren Erfahrungen werden ihr beweisen, dass das unmöglich ist.

Was dann, wenn sich zeigt, was schon die bisherigen Erfahrungen seit 1923 immer wieder und immer wieder bewiesen hat, dass die Stalinpartei/Stalininternationale beharrlich gegen die kommunistischen Grundsätze handelt?!!!

Zunächst einmal wird die neue Opposition prüfen müssen, ob die Stalinpolitik seit ihrer Wendung zur "Volks"front wirklich nur taktisch fehlt oder ob sie hiermit nicht vielmehr gegen die kommunistischen Grundsätze handelt.

Dann wird die neue Opposition überprüfen müssen, dass nicht, wie sie ver meint, "die sektiererische Taktik zur deutschen Niederlage führte" sondern die prinzipielle Linie der Stalinbürokratie, die stalinische "Generallinie" der Stalinsche Aufbau des "Sozialismus" in einem Lande, welche opportunistische kleinbürgerliche Politik sich zum Täuschen der Arbeiter ultralinks maskiert.

Sie wird prüfen müssen, dass die KP, KI seit dem Tode Lenins durch die ganzen 14 Jahre ausnahmslos und immer opportunistische Politik getrieben, dass sie die proletarische Weltrevolution preisgegeben, dass sie der Sozialdemokratie in die Hände gearbeitet, dass sie dem Faschismus die Bahn ebnete, dass sie das Weltproletariat aus einer Katastrophe in die andere geführt hat. Sie wird überprüfen müssen, dass die übermächtige Stalinbürokratie alle Versuche, Partei und Internationale wieder auf den proletarischen Klassenweg zu bringen, mit allen Mitteln skrupellos verhindert hat, ver -

hindert und weiterhin verhindern wird. 14 jährige Kämpfe, 14jährige Erfahrungen, dass eine Gesundung der KP, der KI absolut unmöglich ist. Die neue Opposition muss die Lehren der 14jährigen Erfahrungen überprüfen und wird schliesslich durch die Erfahrungen an ihrem eigenen Leib erkennen, dass die Grundaufgabe einer ehrlichen, ernstlich proletarischen Opposition nicht bestehen kann darin, die Partei und Internationale der kleinbürgerlich entarteten, vom Verrat an der proletarischen Revolution und von Korruption stinkende Stalinbürokratie zu gesunden - dass das zu erkämpfen gegen die übermächtige Stalinbürokratie absolut unmöglich ist - sondern, dass ihre Grundaufgabe sein kann, sein muss das Hinarbeiten auf die Schaffung der proletarischen Klassenpartei, der proletarischen Klasseninternationalen, der Vierten Internationale.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

Knapp vor dem Redaktionsschluss kommt uns die eben erschienen Mainnummer 4/5 von "Ziel und Weg" zu. Heute nur folgendes.

Immer weiter nach rechts rüstet die Stalinbürokratie. Teile der proletarischen Gefolgschaft der Stalinparteien werden dadurch stutzig, ihr proletarischer Instinkt bäumt sich dagegen, ehrlich proletarischrevolutionär gestimmt wie sie sind, geraten sie in linksoppositionelle Bewegung gegen die Stalinbürokratie. Diese Linksbewegung von Teilen der stalinistischen Mitgliedschaft - ein Fortschritt, den wir begrüssen! - ist die Basis der neuen Opposition.

Wie jedoch steht es mit der Führung der neuen Opposition? Lenkt sie die oppositionelle Welle wenn auch zunächst unklar und tastend so doch tatsächlich nach links oder leitet sie sie - unbewusst oder gar bewusst - nach rechts? Das ist die Frage. So wie Nr 3, so enthält auch Nr 4/5 von "Ziel und Weg" viele vortreffliche Einzelbemerkungen; das findet man aber auch bei der RS, bei Otto Bauer usw und sie dienen dort wie hier nur dazu, ehrlich revolutionär gestimmte Arbeiterteile für eine bestimmte Grundlinie einzufangen.

Für welche Grundlinie? Für die stalinsche "Generallinie"! Genau genommen für die alte stalinsche "Generallinie" bis 1934, für die alte, nämlich ultralinks getarnte opportunistische Linie Stalins. Es ist (vom Standpunkt der Führung) eine gegen den heutigen Stalinismus, vom Standpunkt des vergangenen Stalinismus aufgezoogene Opposition. Diese Führung stellt ein politisches Bündnis dar von brandleristischen und ultralinks-menschewistischen Elementen. Wir werden ihre Einstellung in der nächsten "Arbeitermacht" gründlich prüfen. Heute nur noch dies.

Was immer diese Führung den Stalinparteien an schweren, schwersten Fehlern aussetzt, sie führt es zurück auf die "unfähige Führung einzelner Kommunistischer Parteien". Positiv ausgedrückt läuft die "Opposition" dieser Führung also tatsächlich darauf hinaus, die "unfähige Führung einzelner Kommunistischer Parteien" durch eine "fähigere Führung", die "unfähigen Führer" einzelner Kommunistischer Parteien durch "fähige Führer" zu ersetzen praktisch läuft die Opposition dieser Führung auf einen Personenwechsel in der Spitze einzelner Kommunistischer Parteien hinaus, der einzelnen Personen Avancement bringt, aber an der verräterischen Grundlinie nichts ändert, auf der sich die gesamte Politik ausnahmslos aller Kommunistischer Parteien im grössten und kleinsten bewegt.

Die Führung der neuen Opposition ist im besten Falle rechtszentristisch und sie bewegt sich nach rechts, sie sucht die linksoppositionelle Welle für opportunistische, ja karreristische Zwecke auszunützen. (Dadurch, dass sich der Stalinismus im Eilzugstempo immer weiter nach rechts bewegt, entsteht selbst für manche alte brandleristische Position ein "linker" Schein). Dagegen jene Teile der stalinsche Mitgliedschaft, die der neuen Opposition folgen, bewegen sich nach links. Dieser innere Widerspruch wird die unvermeidliche Differenzierung der neuen Opposition in die Wege leiten, die unter dem Eindruck der immer krasser sprechenden Tatsachen (siehe Spanien) verhältnismässig bald vor sich gehen dürfte.

Unsere Aufgabe ist es nun, allen Genossen der neuen Opposition, denen es ehrlich und ernstlich um die proletarische Revolution geht, an jene Prüfung der Fragen heranzuführen, die den Dingen bis auf den Grund geht.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

